Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, — zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 6, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaction und Expedition:
Johannisgasse 8.
Fernsprecher 153 und 222.

Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhdlg., Universitätsstr. 3, L. Lösche, Katharinenstr. 14, u. Königspl. 7.

Haupt-Filiale Dresden:
Strehlenerstraße 6.
Fernsprecher Amt I Nr. 1713.

Haupt-Filiale Berlin:
Königgrätzerstraße 116.
Fernsprecher Amt VI Nr. 3293.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Nr. 442. **Sonntag** den 31. August 1902. **96. Jahrgang.**

Für Monat **September**

kann das **Leipziger Tageblatt** durch alle Postanstalten Deutschlands und Oesterreichs zum Preise von ℳ 2,— bezogen werden.

In **Leipzig** abonnirt man für **ℳ 1,50** (mit Bringerlohn 1,85) sowohl bei der Hauptexpedition, den Filialen und Ausgabestellen, wie auch bei sämmtlichen Zeitungsspediteuren.

Für **Dresden** und **Berlin** führen die dortigen Hauptfilialen des Leipziger Tageblattes Bestellungen aus, in **Dresden,** Strehlenerstr. 6, **Berlin,** Königgrätzerstr. 116.

Aus der Woche.

Der Besuch des Königs von Italien hat einen so freundlichen Verlauf genommen, wie man nur immer erwarten konnte. Von dem liebevollen Auslande her werden wir in den nächsten Tagen zu lesen bekommen, es sei in Potsdam und Berlin recht steif hergegangen, Victor Emanuel habe große Zurückhaltung an den Tag gelegt u. s. w. Solche Herabsetzung von Vorgängen, die man in Deutschland selbst nicht überschätzt, die aber ihren Werth in sich tragen, sind wir gewohnt, und diesmal hat man wenigstens in Frankreich doppelten und dreifachen Anlaß, sich der Beschäftigung des Mäkelns hinzugeben. Auf die italienisch-französische Freundschaft hat sich nämlich der Mehlthau noch weit früher gelegt, als die kritischsten Beurtheiler der neuesten romanischen Verbrüderung erwarteten. Die natürlichen geschäftlichen Vortheile, die die Franzosenfreunde Italiens von dem Abschlusse des Zollfriedens und der „Entente" erhofft, sind nicht nur ausgeblieben, sondern Italien erleidet ungeheure Verluste durch die Ueberschwemmung mit französischen Bodenerzeugnissen, namentlich — das weinreiche Italien! — mit Wein. Die Enttäuschung war hart, weshalb sehr hervorragende italienische Gegner des Dreibundes und Verehrer Frankreichs auf künstlichem Wege versuchten, die Landsleute von dem wirthschaftlichen Segen des Freundschaftsverhältnisses mit der „lateinischen" Republik zu überzeugen. Französisches Capital sollte italienische Gefilde befruchten und dort schlummernde Kräfte mit goldenen Küssen erwecken. Eine franco-italienische Bank sollte das bewirken. Aber die Italiener geriethen an Leute, die die Sache umgekehrt verstanden, sich die Taschen mit italienischem Golde füllten und in ganz kurzer Zeit eine einzige italienische Bank auf eine der berühmten französischen Familie Humbert nicht unwürdige Weise um die Kleinigkeit von 9 Millionen Lire schädigten. So etwas ist auch Apenninern schmerzlich, denen der geschichtlich allerdings unhaltbare Gedanke der gleichen Abstammung von den Quiriten Seligkeit bereitet. Selbst eingebildetes gemeinsames Blut mag ein ganz besonderer Saft sein, aber rothes Gold ist auch ein ganz besonderes Metall, das man selbst an den nächsten Vetter nicht gern verliert. Märchen über ein kühles Beisammen in Potsdam und Berlin werden die Italiener über den unerwarteten französischen Wettbewerb und die direct durch die „Schwesternation" erlittenen Verluste kaum trösten. Umgekehrt wird die handelspolitische Enttäuschung, die Italien — übrigens aus ganz natürlichen Ursachen, die weitsehende Italiener, ohne gehört zu werden, voraussagten — erlebt, für eine geschickt verfahrende deutsche Regierung die Handelsvertragshandlungen mit dem südlichen Staate wesentlich erleichtern und sie kann auch der Kräftigung politischer Besonnenheit und somit der Werthschätzung des Dreibundes auf der Halbinsel dienlich sein. Wir Deutschen werden keinen Wein und keine Oliven nach Italien verkaufen, aber fortfahren, namentlich Trauben und ihren Saft in großen Mengen von dort zu beziehen — wenn wir leidliche Zollbedingungen bei anderen Artikeln erzielen.

Eine übrigens keineswegs erschütternde „Nuance" bei dem Einzuge des Königs von Italien in Berlin hat alsogleich die Reichshauptstadt lebhaft beschäftigt und wird nun auch im übrigen Reiche besprochen. Victor Emanuel hat auf die Ansprache des Oberbürgermeisters erwidert, er bedaure, nicht deutsch antworten zu können, da er der Sprache nicht mächtig genug sei. Mit anderen Worten: er hat die herzlichen Begrüßungsworte, die an ihn gerichtet waren, nicht völlig verstanden. Dem war nun nicht vorzubeugen gewesen, da man in Deutschland allgemein glaubte, der König verstände deutsch. Es war so oft erzählt worden, daß seine Mutter, die Königin Margherita, ihrem Sohne von Jugend auf unsere Sprache beigebracht, und noch am Morgen des Einzugstages war in Berliner Blättern, die sich den Anschein genauester Kenntniß gaben, von der Vertrautheit Victor Emanuels mit dem Deutschen nicht ohne Genugthuung gesprochen worden. Hätte Oberbürgermeister Kirschner gewußt, daß er, wenn er sich unserer Sprache bediente, unverstandene Laute an das Ohr des hohen Gastes klingen lassen würde, so hätte er, da er wohl selbst nicht italienisch versteht, vielleicht einen Ausweg gesucht und gefunden, indem er sich etwa mit dem so neutralen Latein behalf. Der König seinerseits betrat diesen Weg; aber freilich nicht unter Beachtung der Neutralität. Er antwortete französisch. Das ist um so mehr aufgefallen, als der Gast sich ja italienisch ausdrücken konnte. Er würde damit nur dem Begrüßenden mit gleicher Münze gedient haben: Muttersprache gegen Muttersprache. Die Wahl gerade des Französischen konnte nicht gefallen. Die Sprache der Franzosen ist zwar noch — zum Theil — die der Diplomaten. Aber der Vertreter der Berliner Bürgerschaft ist kein Diplomat, bewillkommte am allerwenigsten den Einziehenden in der Eigenschaft eines Diplomaten, und Victor Emanuel hat offenbar auch nicht in dieser Eigenschaft seinen Wagen halten lassen, um dem deutschen Bürgerwortführer anzuhören.

In geschichtlichen Rückblicken, Nachrufen u. s. w. befällt auch den Fortschritt manchmal die Schwäche der Wahrheitsliebe. So sagte die „Voss. Ztg.", das auserlesene Organ der Richtung, von dem verstorbenen Otto Gildemeister:

„Indem er seinen Blick auf das Große und das Ganze gerichtet hielt, erachtete er es für nicht wesentlich, auf welchem Wege das Endziel, die Schaffung eines starken und geeinten Deutschlands, erreicht würde. Vor Allem hielt er sich von dem Radicalismus frei. Seinem friedlichen Sinne entsprach viel mehr, das Bestehende zu bewahren und darauf das Neue aufzubauen. Deshalb wurde es ihm leichter als vielen andern seiner Altersgenossen, mitzuarbeiten, als die Verwirklichung des deutschen Einheitsraumes vorbereitet wurde, und noch später, als es nach 1870/71 sich darum handelte, Handel und Wandel im neuen Reiche den neuen Verhältnissen anzupassen."

Hier haben wir das Geständniß, daß „die anderen Altersgenossen" — d. h. die Linksliberalen, zu denen auch Gildemeister gehörte, bis es Ernst wurde — „weniger", richtiger gar nicht mitarbeiten konnten, als es zu arbeiten, anstatt zu reden galt, und zwar daß sie dies nicht konnten wegen ihres Radicalismus. Diese Erkenntniß hat sich schon nach 1866 nicht verhällt, aber da kam der Fortschritt mit dem Abrüstungsantrage, und von 1871 bis auf den heutigen Tag hat er sich stets versagt, wenn es zu schaffen galt, der Weg aber sich nicht gar genau mit der papiernen Marschroute des Freisinns deckte. Und wenn wieder einmal eine Schicksalsstunde schlägt, so wird auch die „Voss. Ztg." wieder finden, daß parteipolitische Gesinnungstüchtigkeit die Hauptsache sei, der das politische Bedürfniß sich unterzuordnen habe.

Die Fleischtheuerung, speciell die in Posen, hat den preußischen Landwirthschaftsminister und den Abgeordneten Ring als ein leitendes Mitglied der landwirthschaftlichen Verheerwerthungsorganisation herausgelockt. Die Frage, warum Herr Ring und seine Handelscentrale der Theuerung begegnen könnte, wenn er nicht die Schuld an dem bisherigen Vieh- und besonders Schweinemangel trüge, ist hier schon aufgeworfen worden. Möglich, daß die „Schwänze", deren Vorhandensein man nach Herrn Rings Erklärung annehmen muß, von Händlern bewerkstelligt ist. Es wäre nicht der erste Fall dieser Art. Wie dem aber auch sei: Eines steht fest, die Fleischtheuerung, die weiter Orten, ja fast in allen Staaten des Reiches, sich fühlbar macht und z. B. im Elsaß erschreckend ist, beeinflußt die zollpolitische Stimmung weiter, der phrasenmachenden Agitation sonst nicht zugänglicher Kreise. Sollte dies für Herrn Ring und seine Freunde nicht ein Anreiz sein, die Frage des landwirthschaftlichen Zollschutzes durch ein verständiges Zurückziehen auf das Erreichbare baldmöglichst aus der Welt zu schaffen? Die Agrarier haben es in der Hand.

Deutsches Reich.

* **Leipzig,** 30. August. Die Fahne ist das Heiligthum des Soldaten. Bisher galt als Regel, daß die Fahne deshalb bei den geschlossenen Abtheilungen ihres Truppentheils zu bleiben und erst beim Auflösen der letzten geschlossenen Abtheilung mit in die Feuerlinie zu gehen habe. Der Kaiser hat eine Aenderung des Exercir-Reglements in Bezug auf den Platz der Fahne befohlen; sie soll nunmehr auch bei der Entwickelung zum Gefechte bei derjenigen Compagnie bleiben, bei der sie sich befindet. Das kann man billigen oder mißbilligen. Das Letztere werden wohl die meisten militärischen Kritiker thun, weil sie die Fahne, wie das bisher der Fall war, besser gesichert sehen möchten. Die Kritik entspringt also (selbstverständlich, sollte man meinen) der Sorge um die Sicherheit der Fahne. Das trifft nun nicht zu für das „Organ des Conservativen Landesvereins und sämmtlicher Conservativer Vereine im Königreich Sachsen", das „Vaterland". In diesem Blatte wird die kaiserliche Ordre folgendermaßen glossirt:

„Am besten wäre es, man ließe die Fahnen zu Hause, denn einen erkennbaren Zweck und Nutzen haben sie überhaupt nicht. Sie bilden im Gefecht einen beständigen Gegenstand der Sorge für den Bataillonscommandeur und die Officiere, ein halbes Dutzend der tüchtigsten Unterofficiere geht den Compagnien im Gefecht verloren, und im Quartier muß stets ein besonderer Posten zur Bewachung der Fahne aufgestellt werden. Jeder, der einen Feldzug mitgemacht hat, wird zugeben, daß die Fahne ein überflüssiger Ballast ist, mit dem man im Kriege die Infanterie nicht länger beschweren sollte."

In der wohlwollenden Annahme, dem Blatte sei das Malheur passirt, einen Ausschnitt aus einem anderen Blatte, vermuthlich einem socialdemokratischen, als eigene Aeußerung gegeben zu haben, anstatt ihn, wie beabsichtigt, zu citiren und als völlig verständnißlose Profanirung und Zweckverkennung zu bekämpfen, enthalten wir uns jeder Bemerkung zu dieser Leistung; übrigens wäre auch für den Fall, daß die Auslassung so gemeint sein sollte, wie sie dasteht, jeder Tadel überflüssig — der wird dem Blatte schon von seiner eigenen Partei in genügendem Maße zu Theil werden.

Berlin, 30. August. (Die Steuerverhältnisse in den Einzelstaaten und im Reiche.) Die Socialdemokratie fühlt wieder einmal das Bedürfniß, die Arbeiterbevölkerung durch Verdrehungen der Steuerverhältnisse in den Einzelstaaten und im Reiche zu verhetzen. Nachdem ihr früher nachgewiesen ist, daß im größten Bundesstaate, in Preußen, die Censiten mit mittleren und größeren Einkommen nicht blos ebensoviel, sondern vielfach weit mehr an Steuern aufbringen, als die größtentheils von jeder Staatssteuer befreiten breiteren Schichten, verlegt sie sich jetzt darauf, die Verschiedenheit der Einkommensteuerverhältnisse in den einzelnen Bundesstaaten im Verhetzungsinteresse auszubeuten. Daß sie sich gröblich blamirt, wenn sie dabei zur Kennzeichnung der Besteuerung der wohlhabenderen Bevölkerung lediglich die Staats-Einkommensteuer heranzieht, entgeht ihr natürlich. Was will es beispielsweise besagen, wenn das socialdemokratische Centralorgan besonders betont, daß in Hamburg die Einkommensteuer erst bei 50 000 ℳ die Höhe von 1 Proc. erreicht? In Hamburg wird eben auf anderem Wege, so auf dem der Erbschaftsbesteuerung, die wohlhabendere Bevölkerung weit schärfer als anderswo angefaßt. Die Socialdemokratie weiß das, verschweigt es aber, weil sonst der Verhetzungszweck nicht erreicht werden würde. Es ist durchaus verkehrt, die Belastungen der verschiedenen Bevölkerungsschichten durch einzige Steuerarten gegenüberzustellen, nur die Gesammtbelastung kann da ein zutreffendes Bild ergeben. Das zu entwerfen, hütet sich die Socialdemokratie aber wohlweislich, weil es zur Evidenz ergeben würde, daß überall in Deutschland die leistungsfähigeren Schichten auch die größeren Lasten tragen. Nun sieht die Socialdemokratie in der Verschiedenheit der Einkommensteuerverhältnisse der Einzelstaaten einen Mißstand, der beseitigt werden müßte. Es ist klar, weshalb. Das Reich soll die Einkommenbesteuerung in die Hand nehmen, weil die Socialdemokratie im Reichstage größere Einwirkung darauf ausüben zu können meint, als in den Einzellandtagen. Es ist durchaus nicht angebracht, socialdemokratischen Machtgelüsten entgegenzukommen, ganz abgesehen davon, daß den Einzelstaaten doch wohl nicht ohne ihre Zustimmung Competenzen abgenommen werden könnten, diese Zustimmung aber schwerlich zu erreichen sein würde. Im Uebrigen dürfte die jetzige Belastung durch die Staatseinkommensteuer in den Einzelstaaten, die nicht, wie der „Vorwärts" tu zu großer Bescheidenheit bemerkt, bis 4, sondern bis 5 Proc., so in Hessen, geht, im großen Ganzen genügen, da ja immer bedacht werden muß, daß die Communalsteuerzuschläge diese Belastung bis 15, ja 20 und mehr Procent steigern, wozu dann noch alle übrigen, von den breiteren Schichten nicht zu tragenden Lasten kommen. Bei der Beurtheilung der Steuerverhältnisse ist schließlich das socialdemokratische Blatt von seiner früheren Anschauung, daß gerade die reichsten Leute die geringsten Steuern zahlten, zurückgekommen, es hat jetzt die Entdeckung gemacht, daß der Mittelstand es ist, dem zu Liebe die heutige Einkommenbesteuerung gestaltet worden sei. Der Mittelstand wird durch diese Entdeckung nicht wenig überrascht sein. Bisher konnte man aus Mittelstandskreisen herauf Klagen genug über den Steuerdruck hören. Ob sie alle berechtigt waren, braucht hier nicht untersucht zu werden. Daß aber der Mittelstand, statt zu klagen, zu Freudenausbrüchen über die Einkommenbesteuerung Veranlassung habe, das zu entdecken, war dem socialdemokratischen Parteiorgan vorbehalten. Weshalb alle diese Betrachtungen vom „Vorwärts" angestellt werden, ist klar. Die socialdemokratische Führerschaft sieht, daß die Belastung, welche die Arbeitgeberschaft in Deutschland aus Fürsorge für die Arbeiterschaft auf sich genommen hat, doch schließlich auf den einsichtigen Theil der letzteren Eindruck machen könnte, sie merkt, daß der in Deutschland maßgebende Grundsatz der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit doch auch der breiten Masse die Augen darüber öffnen könnte, daß für die heutige Staats- und Gesellschaftsordnung die Gerechtigkeit der Grundpfeiler ist. Dieselbe Führerschaft muß aber im eigenen Interesse bestrebt sein, der Verbreitung einer solchen Erkenntniß vorzubeugen, und darum werden die Besteuerungsverhältnisse geradezu auf den Kopf gestellt. Die Arbeiterbevölkerung Deutschlands darf sich schon beruhigen. Ebenso wie nach den Ausführungen einsichtiger Ausländer der deutsche Arbeiter am besten von allen in der Welt gegen Nothfälle des Lebens sichergestellt ist, so sind die wohlhabenderen Kreise Deutschlands von allen in der Welt am meisten belastet. Die Verdrehungskünste der Socialdemokratie können daran nichts ändern.

+ **Berlin,** 30. August. (Oberschlesien.) Obwohl uns noch drei Vierteljahre von den Reichstagswahlen trennen, kann man doch schon jetzt sagen, daß die Wahlen in Oberschlesien diesmal zu den spannendsten und, wenn man will, pikantesten gehören werden. Wie die Zeiten sich ändern! Jahrzehnte lang waren gerade in Oberschlesien die Wahlen so uninteressant wie nur denkbar; man wußte, daß 11 von den 12 Wahlkreisen dem Centrum sicher waren; die anderen Parteien stellten wohl Candidaten auf, aber ohne sich irgendwie um einen Erfolg, der doch nicht möglich war, zu bemühen. Ganz anders ist die Lage diesmal: die bürgerlichen Polen bekämpfen das Centrum, die Socialdemokraten bekämpfen die bürgerlichen Polen und das Centrum und die deutschen und die polnischen Socialisten bekämpfen sich gegenseitig. Unter diesen Umständen und bei der voraussichtlich zu erwartenden Zersplitterung der Stimmen werden auch die bürgerlichen deutschen Parteien, insonderheit vielleicht die Mittelparteien, ernsthafter als sonst in den Kampf eintreten dürfen; haben sie doch bei verschiedenen Wahlen in Oppeln, Kosel, Lublinitz, Beuthen, Kattowitz, Pleß und Ratibor recht stattliche Stimmenziffern erreicht, Ziffern, die ihnen diesmal zur Stichwahl und dann vielleicht zum Siege verhelfen könnten. Die bürgerlichen Polen wollen in 10 von den 12 oberschlesischen Wahlkreisen eigene Bewerber aufstellen und acceptiren nur die bei den letzten allgemeinen Wahlen in Oppeln bezw. Neustadt gewählten Abgeordneten Szmula und Strzoda. Die solchermaßen gemachte freundliche Ausnahme ist aber, wenn man sich's näher besieht, thatsächlich eine gröbliche Verhöhnung des Centrums. Herr Szmula ist bei den letzten allgemeinen Wahlen als Pole gegen den officiellen Centrumscandidaten gewählt worden und das Centrum hat ihn nachher, aus der Noth eine Tugend machend, als richtigen Centrumsmann in seinen Verband aufgenommen. Ebenso ist Herr Strzoda ursprünglich ein „Rebell". Als nach dem Tode des 1893 gewählten Pfarrers Cutronowski eine Ersatzwahl nöthig geworden war, wurde Strzoda von dem polnischen Theile der Bevölkerung dem officiellen Centrumscandidaten gegenübergestellt und in der Stichwahl gewählt. Auch er durfte sich dann der Centrumsfraction anschließen und bei den Wahlen von 1898 stellte das Centrum ihn lieber gleich von vornherein auf, um sich nicht noch einmal zu blamiren. Diese beiden ursprünglich also gegen das Centrum gewählten Abgeordneten sollen dem Centrum gütigst überlassen bleiben. Hätte das Centrum Schneid, so würde es die Herausforderung der Polen damit beantworten, daß es seinerseits die Herren Szmula und Strzoda fallen ließe und an deren Stelle Candidaten deutscher Abstammung aufstellte. Die Fälle Szmula und Strzoda zeigen aber, daß das Centrum gar keinen Anlaß hat, die Aufstellung polnischer Gegencandidaturen auf die leichte Achsel zu nehmen, denn ebenso gut, wie hier Bewerber polnischer Nationalität gegen officielle Centrumscandidaten durchgekommen sind, kann dies auch in anderen Wahlkreisen geschehen. Selbstverständlich wird sehr viel von der Haltung der oberschlesischen Geistlichkeit abhängen. Officiell wird diese ja nun selbstverständlich für das Centrum eintreten, um so mehr, als Fürstbischof Kopp eine Ausbreitung der großpolnischen Bestrebungen in Oberschlesien ganz und gar nicht wünscht; ob aber nicht mancher Geistlicher polnischer Abstammung hinten herum für den polnischen Candidaten agitiren wird, ist doch noch sehr fraglich. Was die Socialdemokraten anlangt, so haben die schlesischen „Genossen" beschlossen, daß der Parteitag in München ihren den polnisch-socialistischen Bewerbern entgegengestellten Candidaten die officielle Weihe geben und sich zugleich gegen jede Verquickung nationalistischer Gedanken mit den Zielen der Socialdemokratie aussprechen soll. Das wird der Parteitag ja wohl thun, aber wir bezweifeln stark, daß die polnischen Bergarbeiter Oberschlesiens sich sonderlich um Münchener Beschlüsse kümmern werden.

△ **Berlin,** 29. August. (Das Centrum und die reichsländischen Katholiken.) Als die „Kölnische Volkszeitung" kurz vor der Eröffnung des Mannheimer Katholikentages einen Feldzug zu Gunsten des sofortigen Anschlusses der elsaß-lothringischen Katholiken und ihrer parlamentarischen Vertretung an das Centrum einleitete, glaubte man offenbar in den leitenden Kreisen des letzteren, man werde bezüglich dieses Anschlusses verhältnißmäßig leichtes Spiel haben. Das rheinische Centrumsorgan ging daher mit etwas derben Mitteln drauf los und stellte gewissermaßen den „Brüdern im Elsaß" ein Ultimatum, das mit dem Mannheimer Katholikentage ablaufen sollte. Man sprach ihnen nach Aufhebung des Diktaturparagraphen jede Berechtigung zu einer Sonderstellung außerhalb der Reihen des Centrums ab und verlangte den sofortigen Uebergang der Truppen wie der Führer der bisherigen elsaß-lothringischen Partei in das Centrumslager. Dabei scheute sich das rheinische Centrumsorgan nicht, gegen die Veteranen dieser Partei, die man für die Anschlußsache preisgeben zu müssen glaubte, mit Verunglimpfungen und Verdächtigungen vorzugehen. Die Antwort von elsaß-lothringischer Seite blieb nicht aus. Sie bestand in einem Proteste gegen das Vorgehen der „Kölnischen Volkszeitung" und einer Zurückweisung des „auf völliger Unkenntniß und Verkennung der elsaß-lothringischen Verhältnisse" beruhenden Verlangens nach Aufgabe jedes Selbstbestimmungsrechtes. Den Veranstaltern des Katholikentages war damit ein schöner Theil ihres Conceptes verdorben. Die „Kölnische Volkszeitung" aber suchte sich dadurch zu retten, daß sie die Angelegenheit noch mehr auf das persönliche Gebiet hinüberspielte und erklärte, sie wünsche gar nicht, daß die „Träger des bisherigen Systems", d. h. die gegenwärtigen elsaß-lothringischen Abgeordneten, sich sämmtlich dem Centrum anschlössen, was sie jedoch nur mit Hintergedanken thun würden. Erst die nächstjährigen Reichstagswahlen seien bestimmt, hier eine Aenderung herbeizuführen. Im Uebrigen vertröstete das rheinische Centrumsorgan sich und seine Leser auf den bevorstehenden Mannheimer Katholikentag, der sich mit der Sache befassen würde. Nun, der Katholikentag ist gekommen und was er in der „elsaß-lothringischen Frage" zu Wege gebracht hat, ist nicht etwa ein Beschluß der Generalversammlung, — in den öffentlichen Versammlungen wurde die Angelegenheit nicht einmal gestreift, — sondern eine Resolution des Augustinusvereins, d. h. des neben dem Katholikentage tagenden Vereins der Verleger ultramontaner Blätter. Die Resolution wendet sich denn auch nur an „die katholische Presse der Reichslande" mit der Bitte, im Sinne einer Organisation der elsaß-lothringischen Katholiken auf der Grundlage des Centrumsprogramms „unter Berücksichtigung der elsaß-lothringischen Verhältnisse" und für den Anschluß der aus den nächstjährigen Reichstagswahlen hervorgehenden Abgeordneten an die Centrumsfraction im Reichstage zu wirken. Damit ist der Wunsch, dessen Erfüllung auf dem Mannheimer Katholikentage diesem besonderen Glanz verleihen sollte, bis zu beziehungsweise nach den Reichstagswahlen des nächsten Jahres vertagt. Den elsaß-lothringischen Katholiken fast man im Allgemeinen wenig ultramontane Neigungen nach; das jetzige Vorgehen der Wortführer des Centrums diesseits des Rheines dürfte sie noch weniger geneigt machen, allen Sondergelüsten zu entsagen. Für den Liberalismus aber erwächst unseres Erachtens aus der jetzigen Lage der Dinge die Verpflichtung, seinerseits den Versuch zu machen, durch festere Organisation den nichtultramontanen Elementen im Reichslande wenigstens die Gelegenheit zu bieten, dem Joche des Centrums zu entgehen.

* **Berlin,** 30. August. („Finis Germaniae 1870".) Im Anschluß an das Zugeständniß des französischen Generalstabswerkes, daß längst vor den Emser Ereignissen der Krieg mit Frankreich beschlossene Sache gewesen sei, macht Graf Hans Yorck von Wartenburg in Kleinöls, Kreis Ohlau, auf einen interessanten Umstand aufmerksam, der geeignet ist, weiteres Licht über das Verhalten Napoleon's III. zu verbreiten. Graf Yorck schreibt der „Schles. Zeitung":

„Der Kaiser Napoleon III. hat eine Medaille in Silber prägen lassen in der Größe eines Fünffrankenstückes; auf der Vorderseite sein Bildniß, nach dem üblichen Stempel, geschmückt mit dem Lorbeerkranz, welchen er nach den italienischen Siegen des Jahres 1859 sich umgelegt hatte, und der Inschrift: „Napoléon III. — Imperator" je rechts und links am Kopf, auf der Rückseite in einem zweiten Lorbeerkranz die Worte: „Finis Germaniae 1870". Ein Münzzeichen sehe ich nicht. Da mir im Augenblick französisches Geld nicht zugänglich ist, weiß ich nicht zu sagen, ob ein solches bei dortiger Prägung sonst üblich ist, muß es aber annehmen.

Es scheint, daß diese Medaille entweder in Folge der August-Schlachten und deren niederschmetternden Erfahrungen gar nicht